



Konkurrenz oder Kooperation – was führt uns weiter?

1 Von Jäger-Sammlern zum modernen Menschen Evolution zwischen Konkurrenz und Kooperation

Referat von Prof. Dr. Carel van Schaik, Direktor des anthropologischen Instituts der Universität Zürich

Seit Darwin ist es bekannt: Wir sind hoch entwickelte Affen. Zu 99 Prozent entsprechen unsere Gene denjenigen der Schimpansen. Worin liegt aber, jenseits der Genetik, der grosse Unterschied? Was ist bei uns dazu gekommen und was vielleicht verschwunden? Sind Konkurrenz und Egoismus der Motor, wie es lange Zeit angenommen wurde, oder spielt nicht der Wille und die Fähigkeit zur Kooperation eine grosse Rolle?

In seinem Referat zeigt C. van Schaik auf, dass wir ein grosses Mosaik von Verhaltensweisen untersuchen müssen, um zu begreifen, wie der Mensch zum Menschen geworden ist. Bloss aus dem Verhalten der Menschenaffen lässt sich unsere Karriere nicht erklären, denn die verdanken wir nicht nur der kontinuierlichen Entwicklung von Fähigkeiten. Es musste etwas völlig Neues dazu kommen.

Was unterscheidet den Menschen vom Affen?

Nach 50 Jahren intensiver Forschung mit Primaten zeigt sich, dass für die Entwicklung zum Menschen **die Kooperation bei der Aufzucht und Betreuung der Jungen sowie das gemeinsame Jagen und Sammeln** zentral sind.

Der Homo Sapiens hat mit Jagen und Sammeln eine neue Nische in der Ökologie gefunden. Im Detail sind es folgende Verhaltensweisen, die zur Entwicklung des Menschen geführt haben:

- Das wirtschaftliche Zusammenleben, es bedingt und fördert
 - das Jagen und Sammeln in Gruppen
 - das Teilen der Beute und der Vorräte
 - das gemeinsame Aufziehen der Jungen
 - die Fähigkeit und das Interesse, sich (geografisch) zu verbreiten
- Menschen zeigen ausgeprägtes pro-aktives Verhalten und Fairness beim gemeinsamen Handeln
- Feste Paarbeziehungen sind ein Element des Zusammenhalts
- Neu ist die gesteigerte Fruchtbarkeit: (Primaten bringen alle 7-9 Jahre Junge zur Welt, Menschen ca. alle 2 Jahre), neu ist auch die Menopause der Frauen, mit höherer Lebenserwartung entsteht die Gruppe der Grossmütter
- Eine wichtige kulturelle Entwicklung ist das aktive Lehren und Lernen, das Weitergeben von Wissen
- Zentral ist die Entwicklung der Sprache, ganz allgemein eine deutliche Steigerung der kognitiven Fähigkeiten

Wie sich Verhalten ändert und das Repertoire erweitert

Das Verhalten wird bestimmt und verändert durch äussere Ursachen und innere Gründe. Die Entwicklung einer neuen Funktion, von neuen Verhaltensformen schafft und fördert immer auch neue Mechanismen für deren Anwendung. Folgen davon sind Änderungen in der Kultur und in der Psychologie der Betroffenen. Der frühe Mensch begann aktiv zu kooperieren und entwickelte Toleranz gegenüber seinen Artgenossen. Folgende Zusammenhänge bestätigen das:

- Gemeinsames Jagen verlangt Absprachen, man muss sich versammeln und das Vorgehen koordinieren. Anschliessend muss man bereit sein, die Beute zu teilen.
- Die gemeinsame Aufzucht der Jungen bedingt u.a. eine kooperative Verteilung der Nahrung, man muss empathisch reagieren können und selber Möglichkeiten sehen, ändern zu helfen.
- Beispiel Krallenäffchen: Der Vater und die Geschwister tragen die Jungen herum, nicht die Mutter, und Leckerbissen werden an den Nachwuchs verteilt (ganz im Gegensatz zum Verhalten der Menschenaffen).
- Fähigkeits- und Wissenstransfer von Erwachsenen zu den Jungen.
Beispiel: Knacken von Nüssen und harten Früchten mit einem Werkzeug

Soziale Evolution zeigt sich im veränderten kulturellen Verhalten

Entscheidende Faktoren sind:

- Soziale Schichtung, Klassensystem, Elitenbildung
- Partnerschafts-/ Paarungsverhalten
- Verwandtschaftseinfluss
- Machtmonopol

Während der Entwicklung von einer Gesellschaft der Jäger und Sammler zur Sesshaftigkeit dauert es etwa 10'000 Jahre. Die oben genannten Faktoren veränderten sich in der Zeit wie folgt:

Jäger und Sammler waren sehr egalitäre Gruppen und lebten monogam! Während ihren Wanderungen und in der ersten Zeit in Europa lebten sie in kleinen Gruppen und trafen kaum je auf andere frühe Menschen. Die Grösse der Gruppen war wichtig, solange jeder und jede die andern kannte, brachte das kaum Probleme. Jäger und Sammler hatten noch keinen Besitz, wohl aber einen Ruf (eine Reputation), den man verlieren konnte.

Mit dem Beginn der Sesshaftigkeit wurden neu Vorräte gelagert. Das schaffte erste Ungleichheiten. Durch die Zunahme der Bevölkerung entstanden erste Konflikte, Vorräte und Lebensräume wurden gegen Aussenstehende verteidigt. Die Monogamie nahm mit der Sesshaftigkeit ab, die Frauen wurden zur „Handelsware“, Wohlhabende konnten sich mehrere Frauen leisten. Es bildete sich eine Elite, und Verwandtschaftsbeziehungen wurden immer wichtiger (es bildeten sich z.B. Brüdergemeinschaften).

Je fruchtbarer eine Gegend war, je produktiver eine Volksgruppe, desto grösser werden die Ungleichheiten, desto stärker verbreitete sich die Polygamie. Konflikte wurden häufiger und dienten dazu, neues gutes Land zu erobern und die Unterlegenen als Sklaven einzusetzen. Als sich an der Spitze einer Volksgruppe Pharaonen oder Könige etabliert hatten, wurden die Klassenunterschiede sehr gross. Es entwickelte sich eine Arbeitsteilung, Polizeitruppen und eine Armee wurden gebildet, sie symbolisieren das Machtmonopol und sollten die Elite und deren Besitz schützen. In solchen Gesellschaften lebte der Einzelne anonymer, und Anonymität fördert Gewalt.

Fazit: Während diesen 10'000 Jahren nahm die Konkurrenz laufend zu und die Kooperation ab.

Der Grad der Ungleichheit ist ein Barometer

Je grösser die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft sind – und das gilt auch heute – desto stärkere Konsequenzen auf die Lebensqualität zeigen sich:

- mehr körperliche und psychische Gesundheitsprobleme
- eine tiefere Lebenserwartung und höhere Kindersterblichkeit
- mehr Teenager-Schwangerschaften
- mehr Gewalt und Morde, in der Familie und der Gesellschaft
- ein schwaches Umweltbewusstsein
- weniger Innovationsbereitschaft, weniger Interesse an Neuerungen
- eine höhere Religiosität

Zusammenfassung

- Historisch gesehen sind wir Sammler, die für ihr Überleben auf Kooperation angewiesen sind.
- Seit dem Holozän hat die soziale Evolution die Anreize für ein Konkurrenzverhalten verstärkt.
- Die Entwicklung der Menschen verlief zu schnell, als dass sie allein durch natürliche Selektion gesteuert worden wäre. Die stärksten Impulse kamen wahrscheinlich aus kulturellen Veränderungen.
- In Gesellschaften, denen die Balance zwischen Kooperation und Wettbewerb gelingt, ist das Wohlergehen ihrer Bevölkerung am Höchsten. Daraus ergeben sich politische Forderungen: Die Unterschiede zwischen den Besitzenden und Einflussreichen und den unteren Schichten dürfen nicht zu gross sein. Die Schweiz, das sagte der Referent, ist bis vor etwa 30 Jahren in dieser Beziehung ein Vorbild gewesen! Gut ist es aber auch, wenn die sozialen und finanziellen Verhältnisse in einer Gruppe nicht zu gleich sind, sonst nimmt das Bedürfnis nach Innovation ab.

In unserem Verhalten zeigen sich auch heute noch archaische Reaktionen aus der Zeit der Jäger und Sammler. So versuchen wir z.B. mit einem Lächeln Situationen zu entschärfen oder wir erröten in peinlichen Situationen. Das sind klare Zeichen für ein Angebot zur Kooperation. Unser Bedürfnis nach Sicherheit und Anerkennung ist tief in unserer Psyche verankert. Der Menschen ist also kein Homo oeconomicus, kein rationaler, ausgeprägter Nutzniesser! Menschen können altruistisch und selbstlos handeln. Wir kooperieren ohne Zwang. Und zudem, so denkt der Schreibende: **Wer sozial lebt, muss sich nicht über alles selbst den Kopf zerbrechen.**

2 Globale Wasserkrise – Kooperation statt Konkurrenz?

Die Weltbevölkerung wächst, der Konsum und die globale Vernetzung nehmen zu, und das Klima ändert sich. Dies fordert Gesellschaft, Wirtschaft und Umweltschutz zu grossen Anstrengungen heraus, auch in der Bewirtschaftung des Wassers, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern. Wasser – die nicht ersetzbare Ressource – wird eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die UNO hat deshalb 2013 zum **Internationalen Jahr der Zusammenarbeit im Bereich Wasser** erklärt.

Wasser – eine globale Herausforderung

*Thomas Zeller, bis 2012 stv. Leiter des Globalprogramms Wasser des DEZA, heute Ko-Direktor der „Swiss Water Partnership“. Als Ergänzung für die folgende Zusammenfassung diente die **Broschüre „Join the movement – Globale Zusammenarbeit im Bereich Wasser“** der DEZA (www.deza.admin.ch/Publikationen)*

1. Der Verbrauch der Ressource Wasser verteilt sich global wie folgt:

- 10% für Trinkwasser und Siedlungshygiene
- 20% beansprucht die Industrie
- 70% verbraucht die Landwirtschaft
- für die Ökosysteme Grund- und Restwasser bleibt nur wenig übrig!

Die Konkurrenz in der Wassernutzung macht ein integriertes Management nötig.

Wasser wird in vielen Regionen knapp: Die Weltbevölkerung hat sich im 20. Jahrhundert verdreifacht, der Wasserverbrauch versechsfacht. Wasserknappheit, mit verursacht durch Vergeudung, Klimawandel und ungenügende Reinigung des Abwassers, ist in vielen Regionen der Erde beklemmende Realität.

Bereits heute lebt ein Drittel der Menschheit in Gebieten mit Wasserknappheit; bis 2025 wird sich dieser Anteil auf 50 % erhöhen. In Indien, China und den USA sinken die Grundwasserspiegel. Grosse Flüsse wie der Colorado (USA) oder der Gelbe Fluss (China) erreichen das Meer nicht mehr ganzjährig.

Wir sind von den Folgen mit betroffen: Wasserknappheit beschäftigt die betroffenen Regionen, aber auch die Schweizerische Wirtschaft und Gesellschaft. Mehr als 80 % des «Wasser-Fussabdrucks» der Schweiz liegt im Ausland. Die Lieferketten vieler Firmen (Nahrungsmittel, Kleidung, Bücher, pharmazeutische Produkte, Elektronik) sind von Risiken rund um die Wasserknappheit betroffen. Wo Wasser knapp wird, sind Lebensqualität, Arbeit und Einkommen gefährdet. Es kann zu Konflikten kommen, und der Migrationsdruck wird erhöht.

2. Der Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung ist ein fundamentales Menschenrecht

Eine Regierung muss den **Zugang zu Wasser** in oder nahe bei Häusern, Schulen oder Arbeitsplätzen garantieren. Wo dies wegen fehlender Ressourcen nicht möglich ist, muss ein Zugang, der in max. 30 Minuten erreichbar ist, sichergestellt werden.

Sauberes Wasser heisst, dass es keine pathogenen Mikroorganismen, keine chemischen Substanzen, keine Strahlenverseuchung aufweisen darf und akzeptierbar im Geruch und Geschmack ist.

Eine ausreichende Menge soll zur Verfügung stehen. Haushalte brauchen mindestens 20 Liter Wasser pro Person und Tag. Sofern die Ressourcen es erlauben, soll eine Menge von 100 Liter pro Person und Tag angestrebt werden.

Erschwinglich für alle Einkommensklassen soll Wasser sein. Der Wasserpreis ist zu hoch, wenn ein Mensch deswegen auf andere unabdingbare Güter verzichten muss.

Ein Missverständnis: Das Menschenrecht Wasser und Siedlungshygiene bedeuten nicht

- dass Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung für alle gratis sein muss. Der Zugang muss für alle erschwinglich sein, d.h. diejenigen die bezahlen können, müssen dies auch tun.
- dass alle Haushalte einen Anschluss an Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung haben müssen. Wenn es nicht genügend Wasser gibt oder die Kosten dafür prohibitiv hoch sind, kann das Recht auf Wasser über andere Systeme, wie Brunnen und Klärgruben, realisiert werden
- dass eine Regierung das Menschenrecht verletzt, wenn sie nicht über die dazu nötigen Kapazitäten verfügt. Wenn nicht genügend Ressourcen vorhanden sind, kann eine Regierung auch etappenweise vorgehen, jedoch mit einem klaren Ziel
- dass die Regierung selbst die Dienstleistungen erbringen muss. Die Regierung kann diese Dienstleistungen an zivile Vereinigungen oder den Privatsektor delegieren, jedoch unter IHRER VERANTWORTUNG

3. Das Engagement der Schweiz

Wasser ist ein Kernthema der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) unterstützen seit mehr als 30 Jahren Partnerländer bei der Planung und Umsetzung von Projekten im Bereich Wasser. Seit dem Jahr 2000 sind die Erfolge gut dokumentiert. Dank dem Schweizer Engagement haben jährlich 370'000 Personen einen besseren Zugang zu Trinkwasser und Abwasserentsorgung erhalten. 30'000 Bauern konnten ihr Land neu oder besser bewässern. Der Schutz von Wassereinzugsgebieten spielt ebenfalls eine grosse Rolle. 68 Mio Franken wurden im Durchschnitt pro Jahr investiert, 30% in urbanen Zonen und 70% in ländlichen Gebieten. Direkte Nutzniesser waren 400'000 Personen pro Jahr (Fr. 160 pro Person wurden also eingesetzt).

Resultate der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz von 2003 bis 2008

Die Bilanz ist positiv, die Kosten- / Nutzenanalyse zeigt erfreuliche Resultate. Die Anzahl der Nutzniesser entspricht aber weniger als 1% von dem, was zur Erreichung der Millenniumsziele notwendig wäre! Ergebnisse im Detail:

Trinkwasser: 1 investierter Franken bringt für 5 Franken Nutzen

Bewässerung: 1 investierter Franken bringt für 3 Franken Nutzen

Beispiel: Die Tröpfchenbewässerung von Nutzpflanzen mit Hilfe von gelochten Schläuchen spart enorm viel Wasser gegenüber einer allgemeinen Bewässerung der Felder.

4. Beispiele aus der Entwicklungszusammenarbeit

Siedlungshygiene

Leider ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Siedlungshygiene für viele Menschen immer noch ein Traum und keine Tatsache. Die Hälfte der Spitalbetten auf der Erde ist von Patienten belegt, die an einer Krankheit wegen schlechtem Wasser leiden. Nach wie vor hat fast eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und 2,5 Milliarden haben keine oder schlechte sanitäre Anlagen. Dies ist ein Skandal.

Beispiele zur Verbesserung der Hygiene:

- Händewaschen mit Seife: Eine Kampagne, die mit Hilfe der Seifenproduzenten auch in der Schweiz (Schulen) zum Erfolg führte. Händewaschen reduziert Durchfallerkrankungen um die Hälfte und Lungenkrankheiten um ein Drittel.
- Fabrikation von WC-Schüsseln in Bangladesh (ein Weltbankprojekt), das verhindern soll, dass die Leute ihre Notdurft auf dem Feld oder ums Haus verrichten.
- Installation von öffentlichen WC's in Indien. Die Leute sind bereit, einen bescheidenen Betrag für die Benutzung zu bezahlen.
- WC (mit echter Wasserspülung) als Statussymbol wird gefördert (Indien)

Swiss Water Partnership – ein Netzwerk

Die Schweiz muss sich bei der Lösung der internationalen Wasserprobleme engagieren. Sie soll ihre Kräfte bündeln, mit einer Stimme sprechen und ihre langjährigen Kompetenzen im Wassersektor in internationale Konferenzen und Netzwerke einbringen. Deshalb wurde die Swiss Water Partnership (SWP) 2012 als Verein gegründet. Zugelassen sind Schweizer Organisationen mit internationaler Wasser-Expertise oder einem wirtschaftlichem Interesse am Thema. Bekenntnis zu den Werten wie Solidarität oder Integrität wird vorausgesetzt.

Die SWP hat heute bereits mehr als 50 Mitglieder aus Hochschulen, Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. (www.swisswaterpartnership.ch)

Solidarit'eau Suisse – Gemeinden und Wasserversorgungen engagieren sich

Über Solidarit'eau Suisse unterstützen Schweizer Wasserversorgungen und Gemeinden Wasserprojekte in Entwicklungsländern. Während in der Schweiz überall Wasser ohne Mengenbeschränkungen zu günstigen Preisen bezogen werden kann, schöpfen im Süden weiterhin viele Menschen Trinkwasser aus verschmutzten Quellen und müssen dafür kilometerweit gehen.

Die Projekte werden durch Schweizer Hilfswerke geplant, angeboten und umgesetzt. Bis jetzt wurden 22 Projekte realisiert. Bereits heute tragen 67 Gemeinden, Städte oder Wasserversorgungen das Solidarit'eau Suisse-Label. Weitere 28 Gemeinden oder Wasserversorgungen spendeten einen kleineren Betrag. (www.solidariteausuisse.ch)

Kann es eine gerechte Verteilung des Wassers geben? (aus der nachfolgenden Diskussion)

Zeller: Die Reichen haben immer Wasser. Die Armen müssen deshalb eine Stimme bekommen. Eine gerechte(re) Verteilung ist deshalb das zentrale Problem der Entwicklungszusammenarbeit.

Hurni: In seiner Projektarbeit in Ägypten/Äthiopien habe er stets erlebt, dass nur das fließende Wasser verglichen wird, der Niederschlag, der in Äthiopien zehnmal reicher ist als in Ägypten, aber nicht berücksichtigt wird. Für eine Beurteilung der Gerechtigkeit muss man verschiedene Facetten berücksichtigen.

Grenzüberschreitende Konsequenzen von Wassernutzung am Beispiel des Nil

Hans Hurni, Professor für Geografie und Nachhaltige Entwicklung sowie Präsident des „Centre for Development and Environment“ an der Uni Bern. Hans Hurni forscht seit 40 Jahren zu Problemen der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen in Äthiopien.

Abhängigkeiten

Erste Verträge zwischen den direkt betroffenen Ländern Ägypten, Sudan und Äthiopien wurden bereits 1902 abgeschlossen. Wichtige weitere Abkommen gab es 1929, 1959 und 1999. Solange England als Kolonialmacht die Verhältnisse auf beiden Seiten regelte, gab es wenig Probleme. Seit der Selbstständigkeit der betroffenen Staaten und weil die Bevölkerung stark zunimmt, nehmen auch die Interessenkonflikte zu.

Der berühmte Nil, der „Weisse Nil“ aus dem Viktoriasee, spielt für Ägypten eine kleine Rolle! Nur 15% dieses Nilwassers kommen von dort, der Rest verdunstet unterwegs oder bleibt im Sumpfland. 85% stammen dagegen aus dem Hochland von Äthiopien. Was dort geschieht, entscheidet über Ägypten, das 96% seines Süßwassers aus dem „Ausland“ bezieht.

Der Assuan-Damm

wurde zwischen 1960 und 1970 erbaut. Er ist 270 km lang, 35 km breit und bedeckt eine Fläche von 5250 km².

Die **Ziele** des Dammbaus waren

- Regulierung des Abflusses im Unterlauf des Nils je nach Bedürfnissen
- Schutz des Niltals und -deltas vor Überschwemmungen
- Ausdehnung der Agrarfläche (8'000 km² wurden gewonnen)
- Wechsel von der einmaligen zur ganzjährigen Bewässerung
- Nutzung der Wasserkraft (bringt > 2 GW)
- Verbesserung der Nilschiffahrt

Ein Ergebnis: Der Abfluss ins Mittelmeer wurde von über 1000 m³ pro sec auf 10 m³ reduziert (Aare bei Bern 60 m³).

Erosion und ihre Folgen

Zwischen 1956 und 1996 wurde der grösste Teil der Wälder in Äthiopien abgeholzt. Jetzt „fließt der Boden weg“. Davon profitieren der Sudan und Ägypten! Im Assuan-Stausee bleiben Jahr für Jahr 60 Mio m³ Ablagerungen zurück. Trotzdem Äthiopien grosse Stauseen für die Bewässerung anlegt, ist es, weil neben den Sedimenten auch das „Wasser stets nach unten fließt“, noch zu keinen Konflikten gekommen. Probleme ergeben sich einzig für die Stromproduktion in Ägypten, wenn in Äthiopien ein neuer Stausee entsteht.

3 Finanzausgleich und Steuerwettbewerb: Auch für die Zukunft ein erfolgreiches Tandem? Referat von Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf 13.1.2014

In der Schweiz besteht mit den Finanzausgleichssystemen ein ausgeklügeltes Werk des nationalen Ausgleichs und der Solidarität. Der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen befindet sich aber in einem konstanten Spannungsfeld: einerseits soll der Steuerwettbewerb gestärkt werden, andererseits werden Ausgleich und Umverteilung gefordert. Bisher haben die kooperativen und die wettbewerbsorientierten Elemente des Schweizer Föderalismus immer nebeneinander und erfolgreich existiert. Wird das auch in Zukunft möglich sein?

Die NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung) soll

(Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich vom 1.1.2008)

- die kantonale Finanzautonomie stärken
- die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Steuerbelastung zwischen den Kantonen verringern
- die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Kantone im nationalen und internationalen Verhältnis erhalten
- den Kantonen eine minimale Ausstattung mit finanziellen Ressourcen gewährleisten
- übermässige finanzielle Lasten der Kantone auf Grund ihrer geografisch-topografischen oder soziodemografischen Bedingungen ausgleichen
- einen angemessenen interkantonalen Lastenausgleich gewährleisten

Vor 2008 wurde für die Ausgleichszahlungen die totale Steuerbelastung in den Kantonen erhoben. Das war zu kompliziert und konnte Fehlanreize schaffen. Jetzt dienen als Basis alle Einnahmen aus der Bundessteuer. Weil aber 35% der Bevölkerung, sogar 50% der Familien mit Kindern keine Bundessteuer bezahlen (eine Form von sozialem Ausgleich) ist auch diese Grundlage nicht perfekt. Die NFA will, dass die ressourcenschwachen Kantone dank den Zahlungen der Starken auf mindestens 85% der schweizweit möglichen Ausschöpfung der Bundessteuern kommen. Bern, mit 72% ein finanzschwacher Kanton, wird mit nahezu einer Milliarde unterstützt, während Zug mit 246% der grösste Geberkanton ist.

Das zentrale Element ist der Föderalismus

Obwohl der Bund mit der NFA einen Ausgleich zwischen den Kantonen anstrebt, bleibt das oberste Ziel die kantonale Finanzautonomie. Wie gut dieser Föderalismus spielt, zeigen unter anderem folgende Zahlen: Vom BIP (Brutto-Inland-Produkt) des Landes werden in den USA 20 % für Bundesaufgaben und 14% für die einzelnen Staaten, in der Schweiz dagegen nur 11% für Bundesaufgaben und 14% für die Kantone ausgegeben.

Aufgabentflechtung - Aufgabenteilung

Ein wichtiges Element in der NFA ist die Aufgabentflechtung. In der Bundesverfassung steht, dass die Aufgaben der öffentlichen Hand von demjenigen System erledigt werden sollen, das am unmittelbarsten davon betroffen ist. In den letzten Jahren wurden aber immer mehr und neue Aufgaben beim Bund zentralisiert (Verkehr auf Strasse und Schiene, Militär, Gesundheitswesen, Sozialversicherungen etc.). Darum war es das Bestreben der NFA, wieder mehr zu entflechten. Leistungsaufträge an Kantone sind ein neues Instrument, und sogenannte „Verbundaufgaben“ wie für Wasser und Wald werden definiert, ebenfalls der Einbezug der Zentrumslasten ist ein Thema. Klar ist, dass die NFA sowohl die Geber- wie die Nehmerkantone einschränkt.

Ressourcen-Töpfe

Der erste Finanzausgleich des Bundes wurde eingehend revidiert. Frau BR Widmer-Schlumpf hat während 10 Jahren diesen Prozess begleitet. Es war ein sehr differenziertes und ambitioniertes Projekt, das während der Bearbeitung deutlich abgespeckt worden ist. Ein wichtiges neues Element, um Ungenauigkeiten der Umverteilung zu korrigieren, sind die Ressourcentöpfe.

Weil einerseits die geografisch-topografischen und soziodemografischen Voraussetzungen und andererseits die Berechnungsarten, Steuersysteme und ganz allgemein die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Kantone nur schwer vergleichbar sind, wurden zweckbestimmte Fonds für spezifische Lastenausgleichs-Themen geschaffen. Ein zusätzlicher „Topf für Härtefälle“ soll die letzten Lücken füllen.

Auszug aus der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich vom 1.1.2011

Kap. 2 Art. 29: Der Bund gewährt den Kantonen, die durch ihre **geografisch-topografische Situation** übermässig belastet sind, einen Ausgleich. Der geografisch-topografische Lastenausgleich basiert auf folgenden vier Teilindikatoren der Kantone:

- **Siedlungshöhe:** Anteil der ständigen Wohnbevölkerung mit einer Wohnhöhe von über 800 Metern über Meer an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung
- **Steilheit des Geländes:** Höhenmedian der produktiven Fläche gemäss Arealstatistik
- **Siedlungsstruktur:** Anteil der ständigen Wohnbevölkerung mit Wohnsitz ausserhalb des Hauptsiedlungsgebietes an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung
- **Bevölkerungsdichte:** Einwohnerinnen und Einwohner der ständigen Wohnbevölkerung pro Quadratkilometer der Gesamtfläche gemäss Arealstatistik

Kap. 3 Art. 34: Der Bund gewährt den Kantonen, die durch ihre **soziodemografische Situation** übermässig belastet sind, einen Ausgleich. Kennzeichen für eine hohe Belastung sind insbesondere überdurchschnittlich hohe Anteile an in Armut lebenden Menschen; Hochbetagten; Jugendlichen mit besonderen Ausbildungsbedürfnissen; Arbeitslosen; Suchtmittelabhängigen; Ausländerinnen und Ausländern, die zur Integration Unterstützung brauchen.

Zusätzlich ist der besonderen Belastung der Kernstädte von grossen Agglomerationen Rechnung zu tragen. Der Ausgleich von soziodemografischen Sonderlasten aufgrund der Bevölkerungsstruktur basiert auf folgenden drei Teilindikatoren der Kantone:

- **Armut:** Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe im weiteren Sinne an der ständigen Wohnbevölkerung
- **Altersstruktur:** Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner mit einem Alter von 80 Jahren und mehr an der ständigen Wohnbevölkerung
- **Ausländerintegration:** Anteil der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner, die nicht aus Nachbarstaaten stammen und maximal seit 12 Jahren in der Schweiz leben, an der ständigen Wohnbevölkerung.

Wirkungsüberprüfung

Wie weit die Ziele dieser komplexen Vorgaben erfüllt werden, soll der 2. Wirksamkeitsbericht zur NFA zeigen. Er wird im Februar 2014 den Kantonen zugestellt und ist (leider) noch nicht öffentlich.

Es fällt auf, dass in den letzten Jahren gerade schwache Kantone ihre Steuern gesenkt haben. Das führt aber nicht automatisch zu mehr Ausgleichszahlungen! Was sich ebenfalls geändert hat, sind die soziogeografischen Verhältnisse (Zentren, Bevölkerungsstruktur).

Der Steuerwettbewerb

Die Kantone können selbst bestimmen, welche Steuern sie unter welchen Bedingungen einfordern wollen. Der Föderalismus ist ein Labor, das Fantasie und Ideen fördert. Die Direkte Demokratie sollte aber zwischen ihren Mitgliedern auch ausgleichen. Es ist eine Frage der Fairness, wie weit Kantone ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Der Wirksamkeitsbericht wird zeigen, dass ohne NFA die Unterschiede zu gross würden, dass eventuell eine „Abstimmung mit den Füßen“ stattfinden würde und einzelne Regionen mit einer deutlichen Abwanderung konfrontiert wären.

Gleiche Massnahmen im Steuerwettbewerb können erfolgreich sein (Obwalden mit Steuerermässigung für Unternehmen) oder aber wirkungslos bleiben (Uri mit ähnlichem Angebot). Gefährlich wird es, wenn sich Kantone gegenseitig herunter schaukeln. Es besteht die Gefahr einer Unterversorgung der Bevölkerung (Luzern mit der Idee, Schulwochen an Gymnasien und Berufsschulen einzusparen, Schwyz mit grossen Defiziten trotz finanzkräftigen Einwohnern). Um ein Gleichgewicht zwischen der Aufgabenlösung und dem Steuerwettbewerb herzustellen, ist die NFA nötig. Sie hat sich bewährt, weil sie neben dem Ausgleich zugleich Möglichkeiten offen lässt für massvollen Steuerwettbewerb.

Ausblick

Neue Aufgaben kommen auf die Schweiz zu, sowohl auf den Bund wie die Kantone: Eine Reihe von Initiativen (Familieninitiative CVP, neue Unternehmenssteuerreform) werden bei ihrer eventuellen Annahme die Finanzströme beeinflussen. Zudem zeigt sich zunehmend die Tendenz, dass die Geber-Kantone (Netto-Zahler) unzufrieden sind und von „Solidarhaftung“ den finanzschwachen Kantonen gegenüber reden.

Frau BR Widmer-Schlumpf: „Wer Föderalismus will, muss auch zustimmen, dass die Starken den Schwachen helfen, nach dem Motto: Starke sollen stark bleiben, sie sind nötig, um die Schwachen zu schützen.“

4 Männer konkurrieren, Frauen kooperieren – alles nur Vorurteile? Eine Veranstaltung zu Genderfragen

Gleichberechtigung ist per Gesetz verordnet. Und trotzdem sind weder gleiche Löhne noch gleiche Berufschancen Realität. Frauen in Führungspositionen werden zwar in letzter Zeit in Interviews oder im Wirtschaftsteil vermehrt präsentiert, statistisch handelt es sich aber immer noch um Einzelbeispiele. In politischen Gremien nimmt der Frauenanteil sogar wieder ab. Sind Frauenquoten eine Lösung?

Geschlechterstereotype, Vorurteile und Unterschiede zwischen Männern und Frauen werden im folgenden Referat und einem Podiumsgespräch von Fachleuten durchleuchtet und diskutiert.

Referat von Prof. Dr. Sabine Sczesny

Professorin für Sozialpsychologie an der Universität Bern. Forschungsschwerpunkte: Entstehung von (Geschlechter-) Stereotype und Vorurteilen. Weitere Forschungsinteressen betreffen den Abbau von Aggression und Diskriminierung.

Inwieweit unterscheiden bzw. ähneln sich Frauen und Männer in ihrem Denken, Fühlen und Handeln?

Zwischen **Alltagstheorien** und den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung zeigen sich grosse Differenzen: Im Alltag überwiegt die Annahme von ausgeprägten Geschlechtsunterschieden. Diese Vorurteile werden durch die Medien kräftig vertieft und verbreitet, viele leben davon. Das Angebot an sogenannten Fachbüchern ist riesig. Bekannt e Titel: „Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken“ – „Männer zappen und Frauen wollen immer reden“ – „Männer kommen vom Mars, Frauen von der Venus“.

Wissenschaftliche Erkenntnisse

Unzählige Studien geben Auskunft über den Stand der Forschung. Auffallend ist, dass Geschlechtsunterschiede fast immer durch psychologische Merkmale definiert und in der Regel nur Unterschiede untersucht und veröffentlicht werden. Gleiches, Übereinstimmendes ist zu wenig interessant.

Ergebnisse aus zahlreichen Studien über Geschlechterunterschiede:

Kognitive Fähigkeiten von Männern und Frauen unterscheiden sich relevant nur in einem Punkt, dem räumlichen Vorstellungsvermögen. Trainieren Mädchen aber diesen Bereich, sind sie schon nach wenigen Stunden auf gleicher Höhe wie die Knaben. Viele Differenzen sind Ergebnisse der Sozialisation.

In der **Kommunikation** zeigen sich kaum Differenzen. Einzig im Erkennen von Gesichtern sind Frauen deutlich besser. Wenn **Aggression** als direktes, körperliches Eingreifen verstanden wird, sind die Männer führend. Werden aber auch versteckte, indirekte Aggressionen mit einbezogen, zeigen sich bei Frauen ähnliche Werte.

Das Selbstwertgefühl ist bei Männern etwas stärker ausgeprägt. Die grösste Differenz zeigt sich aber in der **Motorik**: Unterschiedliche Fähigkeiten sind hier wirklich geschlechterbedingt. Am Deutlichsten zeigt sich das im Ballweitwurf!

Fazit

Alltagstheorien (die Volksmeinung) gehen von deutlichen Geschlechtsunterschieden aus. Die Forschung zeigt aber ein anderes Bild. Darüber hinaus besteht kulturell bedingte Variabilität, so dass keine universellen Differenzen festzustellen sind.

Welche Rolle spielen Geschlechtsstereotype in der Wahrnehmung von Frauen und Männern?

Alltags-Überzeugungen

hinsichtlich der positiven und negativen Eigenschaften von Männern und Frauen basieren entweder auf individuellen Erfahrungen oder sind kulturell vermittelt. Sie entstehen unter anderem aus der Beobachtung von Frauen und Männern in bestimmten sozialen Rollen. Sie werden meist automatisch aktiviert. So werden Männern eher Führungsrollen zugeschrieben und damit Dominanz und Unabhängigkeit, während für Frauen statusniedrigere Positionen erwartet werden. Dementsprechend wird angenommen, dass Frauen verständnisvoll, sanftmütig und einfühlsam sind.

Wissenschaftlicher ausgedrückt:

Als Basisdimensionen sozialer Urteile gelten Instrumentalität (individualistische Zielverwirklichung, Dominanz, Wettbewerbsorientiertheit) und Expressivität (interpersonelle Integration). Dabei wird Instrumentalität eher Männern, Expressivität eher Frauen zugeschrieben.

Wie können diese tief verwurzelten Vorurteile reduziert werden?

Die Wirkung von Geschlechterstereotypen verringert sich, sobald Informationen zur sozialen Rolle der zu beurteilenden Person vorliegen. Wenn Frauen und Männer in bestimmten Tätigkeiten erlebt werden (z.B. im Haushalt oder berufstätig, bei der Polizei oder in der Krankenpflege angestellt), werden ihnen Eigenschaften zugeschrieben (z.B. dominant, einfühlsam), die dieser Tätigkeit entsprechen. Geschlechtsstereotype Erwartungen treten dann in den Hintergrund.

Wie wirken sich Geschlechtsstereotype in der Wahrnehmung von Führungskompetenz aus?

Geschlecht, Führungsstil und Führungseffektivität

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass geringe, aber konsistente Unterschiede im "männlichen" und "weiblichen" Führungsstil erwartet werden. Sind Frauen und Männer in vergleichbaren Führungspositionen tätig, zeigen sie grösstenteils ähnliches Verhalten bzw. werden als ähnlich wahrgenommen. Ebenso wird beiden Geschlechtern eine vergleichbare Führungseffektivität zugeschrieben. Dennoch traut man Frauen eher einen effektiveren Führungsstil durch „inspirierende Motivation“ oder „individuelle Förderung“ zu. Die Erwartungen an den Führungsstil von Männern und Frauen hängen aber noch von vielen anderen Faktoren ab wie z.B.

Geschlechterverteilung der Belegschaft oder Art der Organisation (z.B. bestimmte Wirtschaftszweige versus Bildung/Soziales versus Militär).

Geschlechterverteilung auf der Hierarchieebene

Im mittleren Management nimmt der Frauenanteil stetig zu. Auf dieser Stufe steht folgendes Tätigkeitsprofil im Vordergrund: Kooperation, Motivierung und Entwicklung von Mitarbeitenden etc.

Im Top-Management ist weiterhin ein geringer Frauenanteil festzustellen. Dort gilt meist folgendes Tätigkeitsprofil: Informationen überblicken, unternehmerisches Handeln, langfristiges Planen etc.

Die Schweiz steht mit ihrem Frauenanteil in Führungspositionen im Mittelfeld Europas, zwischen Deutschland und Österreich. Die nordischen Staaten weisen den grössten Frauenanteil auf.

Frauen stellen sich eher für Aufgaben in schwierigen Situationen zur Verfügung – und scheitern dadurch öfters als Männer, die sich von Anfang an aus strategischen Gründen zurückhalten.

Bekannt sind die **gläsernen Grenzen**, die Frauen erleben:

An die gläserne Decke z.B. stossen sie, wenn sie in der Hierarchie stecken bleiben (Männer nehmen den „Lift“, etwa in leitende Stellungen in den Pflegeberufen). Eine gläserne Wand bilden für Frauen z.B. biologische Grenzen (Mutterschaft, Familie).

Geschlechtereinflüsse

In neuere Studien zeigen sich Unterschiede in der Bearbeitung typischer Aufgabenstellungen (mathematische vs. verbale Aufgaben). Einfluss hat ebenfalls das Geschlecht des Gegenübers: Es zeigen sich bei Frauen und Männern bessere Leistungen bei Konkurrenz mit dem eigenen Geschlecht. Im Gegensatz zu früheren Forschungen sind keine Geschlechterunterschiede festzustellen bei unterschiedlichen Arten der Entlohnung (Aufteilung des Gewinns vs. „winner-takes-all“)

Fazit

Trotzdem sich nur geringe Geschlechtsunterschiede bei der Bewertung von Führungskräften zeigen, belegen zahlreiche Studien die **Schwierigkeit für Frauen, in Führungspositionen zu gelangen**.

Es zeigen sich eindeutige Unterschiede bei der Einstellung, Beförderung und Entlohnung von Männern und Frauen. Diese werden bei Stellenbesetzungen oder Beförderungen aber meist nicht angesprochen.

Zusätzliche Probleme können sich ergeben durch unterschiedliche Erwartungen, wenn geschlechtstypische Eigenschaften erwartet und diese nicht erfüllt werden (Rolleninkongruenz).

Schwerpunkte aus der Podiumsdiskussion

S - Frau Prof. Sabine Szcesny – siehe Referat im 1. Teil dieser Zusammenfassung

E - Frau Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP- Die Liberalen Frauen, Kommunikationsberaterin, Betriebsökonomin

K - Herr Ivo Knill, Germanist und Historiker, Redaktionsleiter der Männerzeitung und Vizepräsident von männer.ch

Zunehmende Sexualisierung

S stellt fest, dass in der Sexualisierung der Frauen neu als zusätzliches Element „die powervolle Frau“ eingesetzt wird, dass dieses aber laut Studien nicht auf das Selbstverständnis im Alltag durchschlägt.

Neben den Fortschritten in Genderfragen läuft auch eine Gegenbewegung. Das ist eine bekannte Erscheinung: Sobald sich Rollen und Werte verändern, wächst das Gefühl der Bedrohung und löst einen „Backlash“ aus.

K sieht im „Blick am Abend“ DAS Symbol für die Sexualisierung im Alltag. Er hält fest, dass sie sowohl Frauen wie auch Männer betrifft. Er findet in der Sehnsucht, sein Geschlecht zu zeigen, nichts Schlechtes, warnt aber vor der Gefahr von Stereotypen. Es sei normal, dass jede und jeder mal Probleme mit seinem Geschlecht habe.

Sind Quotenfrauen nötig?

E ist noch heute erstaunt, welche heftige Kritik (vor allem ausserhalb der Städte) ihre Forderung nach Frauenquoten auslöste. Sowohl Männer wie Frauen griffen sie an, auch weil sie das heutige Familienbild in Frage gestellt hatte.

K setzt den Gegenpunkt: Man müsse die Entwicklung während Jahrhunderten betrachten. Genderpolitik verunsichere nun mal, verunsichere vor allem die Männer.

S wehrt sich dagegen, dass man immer „die“ Frauen und „die“ Männer zitiert. Nicht alle wollen oder sollen das Gleiche, Ziel sind für sie individuelle Lebensentwürfe.

K ergänzt und fordert „positive Männlichkeit“ und „positive Weiblichkeit“.

E stellte mit den FDP-Frauen die Forderung auf, dass die bundesnahen Betriebe mit der Einführung von Frauenquoten vorangehen sollten. So könnte die Vertretung von Frauen in Verwaltungsräten langsam normal werden. Sie erlebt, dass auch Akademikerinnen ohne Kinder weniger Chancen für Führungspositionen haben. Hoffnung schöpft sie aus der Abstimmung in Basel, in der soeben die Forderung nach Frauenquoten in staatsnahen Betrieben angenommen wurde. Erstaunt und befremdet hat sie, dass ausgerechnet junge Frauen dagegen angetreten sind! Ihr Wunsch ist es, von **der „Frauenpolitik“ weg und hin zur „Geschlechterpolitik“** zu kommen.

S hat erlebt, dass die Diskussion um Frauenquoten in den USA auf Unverständnis stösst. Dort schafft das Anti-Diskriminierungs-Gesetz die Grundlage für gleiche Chancen. Frauen können bei Benachteiligung vor Gericht gehen. Eine Folge dieser Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt ist es, dass Firmen Diskriminierung aktiv vermeiden

K ist kein Fan von Quoten. Er hat u.a. Angst, dass nach ihrer Einführung die Frauen das Lebenskonzept der Männer übernehmen müssten, dass die Quotenfrauen das heutige System stabilisieren würden. Er möchte vielmehr, dass sowohl Männer wie Frauen auch in Führungspositionen Teilzeit arbeiten können.

S erwartet kompetente Leute in den Führungsetagen – gleich welchen Geschlechts. Unternehmen könnten, so findet sie, ihre Chancen verbessern, wenn sie eine familienbewusstere Geschäftspolitik betreiben würden. Ihre Erfahrung zeigt, dass wenn Frauen mal „drin“ sind, sie keine Probleme mehr haben. Weil sie aber so selten sind, fällt jeder ihrer Misserfolge umso stärker auf.

S sieht im Kampf um Quoten, dass gute Frauen den mittelmässigen Männern die Stellen wegnehmen würden, und diese natürlich ihre Positionen verteidigen. Kommt dazu, dass Menschen lieber mit Ähnlichen zusammen sein wollen.

Männer haben auch Probleme

K betont, dass auch Männer auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierung erleben. Wer in einem Beruf mit kleinen Kindern arbeiten will, wird rasch in die Ecke der Pädophilen gestellt. Zudem erinnert er daran, dass Männer oft als potentielle Vergewaltiger angeschaut würden.

S ergänzt, dass Männer zudem eine kürzere Lebenserwartung haben, weil sie ein anderes Risikoverhalten zeigen: Junge Männer verursachen mehr Unfälle, ältere verzichten auf Vorsorgeuntersuchungen.

K hält fest, dass er, obwohl er heute vieles im Familienleben anders mache als seine Vorfahren, in einer „Männerlinie“ der Generationen seiner Familie stehe.

Wo stehen wir im Jahre 2050? Schlussfrage des Moderators

E hat neue Hoffnungen dank der Abstimmung vom 9. Februar (Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative“). Sie erwartet, dass dadurch der Druck auf den Arbeitsmarkt zunimmt, dass zunehmend Fachkräfte fehlen werden und so die Chancen für Frauen steigen.

K hat Angst, dass immer mehr Zeit für den Beruf eingesetzt werden muss, sowohl bei Männern wie bei Frauen, und dass das auf Kosten der Familienzeit geht.

S Ein gesellschaftlicher Wandel wird stattfinden. Trotzdem nach wissenschaftlichen Untersuchungen wenig Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen, werden Änderungen nur sehr langsam kommen. **Es muss eine politische Diskussion über Genderfragen geben.** Die Schweiz ist schon heute im Rückstand.

5 „Dene was guet geit giengs besser, giengs dene besser, was weniger guet geit“

„Mehr Wettbewerb bringt mehr Wohlstand“ lautet das Credo der Vertreter der freien Marktwirtschaft. Wir fragen: Wer sind die Gewinner? Wer die Verlierer? Ist Rendite gleich Wohlstand oder bleiben dabei wichtige Werte auf der Strecke? Gibt es Alternativen, und was können wir dazu beitragen?

Über Geld, Glück, und Freiheit – Markt um des Marktes oder um des Menschen Willen?

Referat von Prof. Dr. Florian Wettstein Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Forschungsschwerpunkte im Gebiet der Unternehmensethik aus menschenrechtlicher Perspektive und der politischen Ökonomie sowie der Entwicklungsethik (www.iwe.unisg.ch).

Ethik und Wirtschaft – ein Widerspruch in sich selbst?

Annahme

Moralische Standards lassen sich nicht auf die Wirtschaft anwenden, denn

- der Markt ist eine moralfreie, d.h. *amoralische* (nicht *unmoralische*) Zone
- im Markt gelten funktionale Zusammenhänge, gesteuert über die Gesetze von Angebot und Nachfrage (Achtung: Diese Annahme beruht selber auf einer Wertung. Sie geht davon aus, dass Wohlstand und Wachstum das Ziel des Wirtschaftens sind und dass der Mensch ein eigennütziges Wesen sei.)

Folgerungen

1. Wir handeln im Markt rein mechanisch: rational (d.h. effizient) ist, was von den Gesetzen des Marktes vorgegeben und eingefordert wird. Persönliche Werthaltungen (d.h. Moral) haben im Markt nichts verloren.
2. Wirtschaftswissenschaften können wertfrei betrieben werden: Nachdenken über Wirtschaft hat also nichts mit Ethik zu tun, sondern mit «reiner» Wissenschaft (analog zu den Naturwissenschaften).
3. Moralische Standards sind nicht nur sinnlos, sondern gar nicht wünschbar! Moral im Markt wirkt effizienz- und wohlstandsmindernd, unterläuft die Freiheit und läuft der (eigennützigen) Natur des Menschen zuwider.

Hält der «Mythos Markt», was er verspricht?

Erste These (Utilitaristische Prämisse)

Der freie Markt ist ein effizienter Koordinationsmechanismus: der grösstmögliche Output soll mit kleinstmöglichem Input erzielt werden. Der Preis als Steuerungselement verhindert Über- oder Unterproduktion. Der freie Markt bringt Wachstum und Wohlstand für alle!

Erwiderung

Folgende drei Einwände können gegen das utilitaristische Wohlstandsargument angeführt werden:

1. Wohlstandsverteilung

Ist Ungleichheit ein Problem? Ja, in Ländern mit extremer Ungleichverteilung herrscht auch mehr soziale Unruhe. Wenn die 85 Reichsten der Welt so viel besitzen, wie die (ärmere) Hälfte der Bevölkerung, widerspricht das krass unserem Gerechtigkeitsempfinden. Gleichere Gesellschaften tendieren zu mehr Zufriedenheit.

2. Wohlbefinden

Steigendes Wohlbefinden hängt nicht allein von steigendem Wohlstand ab. Entscheidend ist, wie und für was steigendes Einkommen verwendet wird und wie die Nachbarn und Bekannte im Vergleich da stehen.

3. Nachhaltigkeit

Die Belastungen der Marktgesellschaft steigen, sowohl im ökologischen wie im sozialen Bereich. Der „Wachstumsfanatismus“ (virtuelle Geschäfte, Blasenbildung) belastet uns auch ökonomisch. Immer weniger Wachstum führt trotzdem zu steigenden Risiken.

Zweite These (Libertäre Prämisse)

Die Marktordnung entspricht dem Inbegriff einer freiheitlichen Ordnung. Es gilt hier

Freiheit von Verantwortung: uneingeschränkte Verfolgung von eigenen Interessen und Präferenzen. Diese Freiheit soll nicht durch andere Ideale (Gleichheit, Gerechtigkeit) eingeschränkt werden. Wahlfreiheit und Optionenvielfalt: soll die Selbstverwirklichung garantieren

Erwiderung:

Es existieren aber auch zwei andere Freiheitsdimensionen:

- Wir suchen Freiheit mit Verantwortung, denn negative Freiheit ohne Verantwortung verkommt zur Willkürfreiheit; führt zum Recht des Stärkeren. Aber ist formale Freiheit auch reale Freiheit?

«Gewiss, es ist ein Hohn auf die materielle Lage halbnackter, analphabetischer, unterernährter, kranker Menschen, wenn man ihnen politische Rechte oder Sicherheiten gegen Übergriffe von Seiten des Staates anbietet; sie brauchen zunächst einmal medizinische Hilfe und Bildung, ehe sie eine Zunahme ihrer Freiheit verstehen oder nutzen können.» (Isaiah Berlin)

- Wir wollen Freiheit als Verantwortung. Der Behauptung, die Vermeidung von Schmerz und das Streben nach Vergnügen seien allbestimmend für das menschliche Leben (Jeremy Bentham) widerspricht Kant: Das sind Triebe, innere Zwänge; deren Befolgung macht uns nicht frei. Autonomie (d.h. Freiheit) wird durch Vernunft erlangt. Das heisst, uneingeschränkte Verfolgung von eigenen Präferenzen und Interessen ist kein Ausfluss von Freiheit sondern von Zwanghaftigkeit.

Freiheit als Absenz von Zwang ist aber in der Marktwirtschaft nicht möglich: der Markt ist weder frei von Zwang noch neutral hinsichtlich Lebensformen, er zwingt zu wettbewerbskonformer Lebensführung. „Wer nicht mitmacht, geht unter; wer mitmacht, brennt aus.“

«Die Marktgemeinschaft kennt direkten Zwang kraft persönlicher Autorität formal nicht. Sie gebiert an seiner Stelle aus sich heraus eine Zwangslage – und zwar dies prinzipiell unterschiedslos gegen Arbeiter wie Unternehmer, Produzenten wie Konsumenten – in der ganz unpersönlichen Form der Unvermeidlichkeit, sich den rein ökonomischen ‘Gesetzen’ des Marktkampfes anzupassen (...) Der Wettbewerbsprozess läuft instanzlos ab, er ist eine ‘herrenlose Sklaverei’» (Max Weber)

Dritte These (Ökonomische Prämisse)

Das Vorteilsstreben durch Handeln und Geschäften liegt dem „Homo oeconomicus“ im Blut. Der Mensch tendiert von Natur aus zu freien Marktverhältnissen, eine sich frei entfaltende Gesellschaft wird freie Marktverhältnisse wählen.

Erwiderung

Der Mensch ist kein Homo Oeconomicus, er handelt weder rein selbstinteressiert noch ökonomisch rational.

Eingebettete, nicht freie Märkte sind natürlich, der Mensch schützt sich vor freien Märkten (Zölle, Kartelle). Das heisst, freie Märkte müssen politisch durchgesetzt werden.

Schlussfolgerungen

Der Weg führt nicht «vom freien Markt zur freien Gesellschaft», sondern **«von der zivilisierten Gesellschaft zum zivilisierten Markt».**

- Die zivilisierte Gesellschaft ist eine „anständige Gesellschaft, deren Institutionen die Würde der Menschen achtet und keine Demütigung zulässt“ (Avishai Margalit).
- Der zivilisierte Markt sollte Armut, krasse Ungleichheit, Arbeit ohne Rechtsansprüche verhindern. Aber Chancengleichheit: existiert real nicht, und die ärmsten Gesellschaftsschichten tragen überproportionale Risiken, die unterproportional kompensiert werden (Einkommensentwicklung).

Der (politische) Handlungsbedarf ist offensichtlich: Markt ist weder gerecht noch per se anständig.

Um die heutigen Herausforderungen zu meistern, braucht es neue Ansätze

Koreferat von Dr. Barbara Dubach Gründerin und Geschäftsführerin von „EngageAbility“ (www.engageability.ch). Sie unterstützt Profit- und Nonprofit - Organisationen im Bereich nachhaltiger Entwicklung und im Anspruchsgruppen-Management.

Im Jahre 1972, in dem Mani Matters Text (Dene was guet geit...) entstanden ist, trat mit einem Paukenschlag der „Club of Rome“ mit seinem Buch „**Grenzen des Wachstums**“ ins Rampenlicht. Die Diskussion um unsere ökologische Zukunft war lanciert. Regierungen, globale Unternehmungen und viele politische Gruppierungen nahmen sich des Themas an. Die weltweite Verantwortung (Corporate Responsibility) wurde erstmals auf Traktandenlisten gesetzt. Mit dem Umwelt-Gipfel-Treffen, dem **Earth Summit in Rio**, versuchten über 50 Staaten Grundsätze für nachhaltiges Wirtschaften fest zu legen. Folge-Veranstaltungen fanden schon weniger Resonanz, staatliche Eigeninteressen verhinderten griffige Entscheide. Trotzdem: die Grenzen des Wachstums und Nachhaltigkeit gehören heute zum weltweiten Katalog der Wirtschaftsthemen.

Der Spagat zwischen besserem Lebensstandard und grösserer Umweltbelastung

Die Herausforderungen

Armut, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Verteilung und Privatisierung des Wassers, Energieverbrauch, CO₂ – Ausstoss, ein tiefer Lebensstandard, fehlende medizinische Versorgung, wenig Bildungsmöglichkeiten und grosse Arbeitslosigkeit sind die Probleme vieler Länder in der Dritten Welt.

Tragen wir in einem Diagramm waagrecht die Höhe des Lebensstandards ein und gegen oben den ökologischen Fussabdruck, so ballen sich die afrikanischen Länder am unteren Rand zusammen. Nach oben mit zunehmender Umweltbelastung pro Einwohner ansteigend stehen die Länder Europas, als einsame Spitze die USA.

Das Dilemma, in dem „die Welt“ steckt: **Der ökologische Fussabdruck wird grösser mit steigender Lebensqualität.**

Firmeneinsatz (Business Case) für nachhaltige Entwicklung

Wie kann man die Lebensbedingungen in der 3. Welt verbessern und zugleich die ökologische Belastung verkleinern?

Zur Bearbeitung dieser Frage sind alle beteiligten Akteure gefordert: Behörden, internationale Organisationen, NGO's, Medien, Wissenschaft, Bevölkerung, Investoren, Unternehmen, Lieferanten, Kunden, Konsumenten.

Immer mehr **Unternehmen** nehmen heute den Begriff der Nachhaltigkeit auf. Wenn er auch ab und zu als Schlagwort verwendet wird, zeigt es doch, dass das Bewusstsein für die ökologische Verantwortung wächst. Ein Beispiel:

„Ein Unternehmen, das auf langfristigen Erfolg abzielt, muss Werte nicht nur für seine Aktionäre, sondern auch für die Gesellschaft und Umwelt erzeugen. Bei Nestlé nennen wir dies „Gemeinsame Wertschöpfung.“

Der Einbezug der Nachhaltigkeit muss den Firmen etwas bringen. Zielführend ist es, wenn sie sich fragen, wie und womit sie die grösste Hebelwirkung erzielen könnten. Das hängt nicht von der Grösse eines Betriebs ab, auch unter KMU's finden wir erfolgreiche Beispiele. Als nachhaltig arbeitende Firmen kennen wir z.B.

- Freitag – Taschen aus Lastwagenplachen
- Delinat – biologische Weine, mit Verkauf und Versand bereits in drei Ländern
oder etwas exzentrisch *Urban Farmers* und *Captain Plant* (bietet vegane „Hamburger“ an)

Partnerschaften

dienen nicht nur im Business-Alltag den beteiligten Unternehmen, sondern auch bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeit. Weltweit entstehen neue Businessmodelle durch Multi-Partner-Initiativen (Beispiel: Mikrokredite).

Partnerschaften bringen unter anderen folgende Wettbewerbsvorteile:

Konfliktvermeidung durch weniger Konkurrenz, Innovationsbeschleunigung durch Zusammenführen des technischen Know-hows, Voraussage der Nachfrage, Beeinflussung der Gesetzgebung.

Um die heutigen Herausforderungen zu meistern

- zählt das Engagement und die Verantwortung jedes einzelnen z.B im nachhaltigen Konsum, im Mitarbeiter-engagement, in der Sorgfaltspflicht der Unternehmensleitung.
- kommen dem Dialog und der Zusammenarbeit mit den Interessensgruppen eine hohe Priorität zu
- sind Innovationen und Partnerschaften – wenn auch anspruchsvoll - von zentraler Bedeutung

Vertiefung einiger Fragen im Podiumsgespräch

D Frau Dubach

W Herr Wettstein

P Fragen und Ergänzungen aus dem Publikum

Frage des Moderators an Wettstein: Kann man Ihr Referat verkürzen auf den Satz „Man muss nur wollen, dann geht es?“

W Im weitesten Sinne ja. Partnerschaft und Kooperation sind zentral. Gerade in Zwangslagen müssen sie funktionieren. In Institutionen und Firmen sollte die Sorge um die Kooperation auf höherer Verantwortungsebene angesiedelt werden. **Moralische Argumente müssen wichtiger sein als das (kurzfristige) Kosten-Nutzen-Denken.**

D ergänzt: Partnerschaften sind sicher wichtig – aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit eine Verhaltensänderung stattfinden kann. Die Ideen und Lösungen sind da! Aber oft fehlt der Wille für die Umsetzung.

P ist einverstanden mit D, dass sich etwas bewegt in der Wirtschaft – aber in die falsche Richtung (siehe zunehmend auseinanderklaffende Vermögensverteilung, siehe Verstrickungen von Politik und Wirtschaft). Gibt es auf dem Markt nicht eine „Kumpanei“ zwischen Anbieter und Konsumenten mit dem Ziel, kurzfristig Vorteile zu erzielen?

W hat auch Zweifel über die Qualität der Veränderungen und stellt fest, dass die Konsumenten mit Schuld sind an den Auswüchsen des Marktes. Optimistisch stimmt ihn, dass die „Jungen“ an der Uni und in den Professuren sensibler geworden sind. Er findet, dass es aber noch ein bis zwei Generationen braucht, bis Wirtschaftsethik selbstverständlicher Teil des Studiums sei.

D Die Konsumenten kennen Umweltprobleme und Wirtschaftsverhältnisse (billige Shirts aus Bangladesh z.B. oder Erdbeeren im Winter), handeln aber nur selten danach. Wenn Schulen einen Umwelttag pro Jahr durchführen, genügt das nicht für eine Verhaltensänderung. Und die Firmen sehen nicht, dass sie in einer Kette von global Produzierenden stehen (Rohstoffe und Verarbeitung) und Mitverantwortung tragen.

P stellt fest, dass bei ihm das zweite Referat wie eine „Sonntagspredigt“ angekommen sei. Er finde, dass es um Macht gehe und politische Interessen. Wenn in vielen Ländern Europas die Jugendarbeitslosigkeit 25% und mehr betrage, so zeige das doch eine falsche Gewichtung in Wirtschaft und Politik. Er stellt auch fest, dass die bilateralen Freihandelabkommen nachhaltigen Interessen zuwiderlaufen.

D sieht sich nicht als Sonntagspredigerin. Sie betont, dass neue Ansätze, ein anderes Verhalten nötig seien, dass es vermehrt Partnerschaften (zwischen NGO's und Firmen z.B.) brauche. Die Politik sei ebenfalls gefordert: Wenn eine Firma zum Beispiel wegen schlechtem Geschäftsgang weniger produziere, erhalte sie, weil die Umweltbelastung abnimmt, mehr Emissions-Gutschriften ausbezahlt!

P Wie kommt es, dass bei uns viele Menschen, entgegen der materiellen Logik und oft ohne sichtbare persönliche Vorteile, bewusst auf Konsum und Bequemlichkeit verzichten? Wo ist der Anreiz, durch Verzicht glücklicher zu werden?

W Dieser Ansatz ist ein Widerspruch in sich selbst. Es gibt kaum materielle Anreize dafür. Das ist eine ethische, eine werthaltige Frage. Bessere Nachhaltigkeit wäre wohl nur zu erreichen, wenn wir alle „zurückstufen“. W glaubt aber, dass das kaum freiwillig geschieht. Höchstens interne Probleme oder externe Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse könnten den Leidensdruck für eine Verhaltensänderung steigern.